

■ Demokratie wagen!

Zum Streit um eine neue Musikhalle in Münster

Bereits im Heft Nr. 117 (II/2007) der »Kulturpolitischen Mitteilungen« haben wir über das Pro (Heribert Klaas) und Contra (Klaus Anderbrügge) einer neuen Musikhalle in Münster berichtet. Nach dem positiven Ratsbeschluss der Stadt im letzten Jahr hatten die Gegner des Projekts einen Bürgerentscheid angestrebt. Die entsprechende Abstimmung fand Ende April d.J. statt und ergab eine Mehrheit gegen den Bau einer neuen Musikhalle. Der folgende Artikel kommentiert das Ereignis. (Red.)

Der Münsteraner Oberbürgermeister Berthold Tillmann (CDU) war enttäuscht: »Münsters Stellenwert wird sich im Wettbewerb der Städte in NRW relativieren.« Katzenjammer herrschte auch bei SPD, FDP und den Wirtschaftsverbänden von der IHK über die Kreishandwerkerschaft bis zur Initiative »Industrie in Münster«. Alle gemeinsam hatten sich für den Einsatz öffentlicher Gelder beim Bau einer neuen Musikhalle in Münster stark gemacht. Sogar der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, Jürgen Rüttgers (CDU), war ihnen bei einem Besuch in Westfalen zur Seite gesprungen.

Doch die BürgerInnen der Stadt mochten die aufgelegte Rechnung nicht nachvollziehen. Am 27. April 2008 wurde der von CDU, SPD und FDP getragene Ratsbeschluss aus dem letzten Oktober per Bürgerentscheid aufgehoben. An diesem beteiligten sich 44,6 Prozent der rund 220.000 Wahlberechtigten, 70,9 Prozent oder 70.281 stimmten gegen die Musikhalle, nur 29,13 Prozent dafür. Zum Erreichen des Quorums wären nur 44.096 Stimmen notwendig gewesen.

Im Mittelpunkt der emotional geführten Auseinandersetzungen stand das Finanzierungsmodell der Halle. Für den Bau waren nach offiziellen Angaben zirka 30 Mio. Euro vorgesehen. Davon wollte eine private Initiative rund 18 Mio. aufbringen, der Rest sollte aus dem Stadthaushalt bezahlt werden, das Land NRW wollte das gut gelegene Grundstück gratis dazu geben. Nach Ansicht der

Befürworter war eine kombinierte Konzert- und Kongresshalle für den Standort Münster ein »Muss«. Zum einen werde damit ein unter anderem für die Universität Münster notwendiger repräsentativer Tagungsort geschaffen, zum anderen bekomme Münster damit einen »Ort für feinsinnige Musik«, so Walter Lindenbaum, Vizepräsident des Landesmusikrates. Im existierenden Veranstaltungszentrum Halle Münsterland könne man allenfalls »Schweine verkaufen und laute Musik machen«.

Für die geplante neue Halle gab es weder einen Architektenentwurf noch eine Einigung über den genauen Standort. Auch die Trägerschaft war umstritten. Uneinigkeit bestand vor allem darüber, wer für die laufenden Kosten des späteren Hallenbetriebs aufkommen sollte. Offensichtlich rechneten die Befürworter gar nicht erst mit der Möglichkeit einer Kostendeckung und mochten deshalb das Risiko nicht übernehmen.

Wie seriös die Finanzplanung insgesamt war, macht indes eine Äußerung des Hauptsponsors der Hallenidee nach der Abstimmungsniederlage deutlich. Förderer Reinhard Horstmann, der immerhin rund 10 Mio. hatte einbringen wollen, erklärte, eine niveauevolle Halle sei für die offiziellen 30 Millionen Euro »sowieso nicht zu bauen gewesen«. Alsdann sprach er von einem »Trauerspiel« und einer »Katastrophe mit Blick auf kommende Projekte mit privatem Förderbedarf« in der Stadt.

Die Bürgerinitiative »Keine städtische Finanzierung einer Kultur- und Kongresshalle« hatte nicht nur den Bürgerentscheid initiiert und durchgesetzt, sondern von Anfang an die Finger auf die ungeklärten Fragen der Hallenidee und ihrer finanziellen Umsetzung gelegt. Abgesehen von der Offenlegung offensichtlicher Kalkulationsfehler – so »vergaß« die Stadt einfach die Kosten für die Bereitstellung der zwingend vorgeschriebenen 500 Stellplätze – kam ihnen die bürgerferne Ratspolitik entgegen.

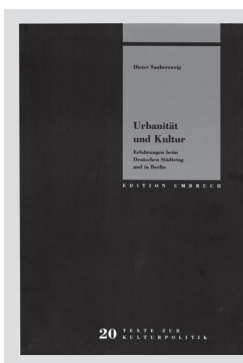
Die Stadt Münster trägt ein strukturelles Haushaltsdefizit von rund 70 Mio. vor sich her und hat u.a. mit Hinweis auf die schlechten städtischen Finanzen die Sanierung von Schulgebäuden verschoben, den Etat von Bibliotheken und Sportvereinen gekürzt und andere Kultureinrichtungen wie das städtische Theater und das renommierte Filmfestival Münster knapp gehalten. Vor diesem Hintergrund stießen Slogans der Hallenbefürworter wie »Kapitale statt Kaff« auf wenig Gegenliebe. Auch der Versuch, die Hallengegner als »kulturfrem« oder »kulturelle Ignoranten« zu charakterisieren, blieb ohne Resonanz.

»Uns hat die Bereitschaft der Befürworter zu einer ernsthaften kontroversen Auseinandersetzung gefehlt«, bilanzierten Rainer Bode und seine Mitstreiter aus der Bürgerinitiative nach dem Abstimmungsergebnis. »Wir sind stolz darauf, in der Stadt einen solchen Diskussionsprozess gegen die städtische Finanzierung der Kultur- und Kongresshalle angestoßen zu haben.«

Die Düsseldorfer Landesregierung hat inzwischen verlauten lassen: »Münsters Bürger haben kurzfristig gehandelt.« Ein christdemokratischer Landespolitiker hatte zuvor schon befürchtet, dass es Münster in Düsseldorf beim Kampf um Kulturfördermittel »künftig nicht einfacher haben wird«. So ist das mit dem Volkswillen. Der Bürgerentscheid bindet den Rat für zwei Jahre – mindestens bis zu den nächsten Kommunal- und Landtagswahlen.

Wolfgang Hippe

Der Text ist online abrufbar unter:
www.comcologne.de/suche3.cfm?edit=1640.
 comcologne erscheint als Onlinedienst für Kommunikation Kultur und Medien & IT.
 Weitere Informationen zum Thema:
www.stadt-muenster.de/buergerentscheid/wahl.html,
www.muenster-minus-musikhalle.de
 oder www.kultur-und-kongresshalle.de



Dieter Sauberzweig Urbanität und Kultur

Erfahrungen beim Deutschen Städtetag und in Berlin
 Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Bonn / Klartext Verlag, Essen •
 Edition Umbruch, Texte zur Kulturpolitik, Band 20 • 176 Seiten 12,00
 Euro • ISBN 3-89861-550-2

Dieter Sauberzweig schreibt in diesem Buch von seinen Erfahrungen beim Deutschen Städtetag in der Zeit des kulturpolitischen Aufbruchs der endsechziger und frühen siebziger Jahre und als Kultursenator in Berlin in der zweiten Hälfte der siebziger und frühen achtziger Jahre.